

Politik für die Stadt der Zukunft.

Positionspapier von Hermann Gröhe, Rita Mohr-Lüllmann, Frank Henkel, Petra Roth und Dirk Elbers

1 Große Städte als wirtschaftliche Kraftzentren entfalten

- 1.1 Von der Globalisierung profitieren
- 1.2 Nachhaltigkeit praktizieren
- 1.3 Leistungsfähige Sozialpolitik braucht stabile Finanzen
- 1.4 Wirtschaftsstandort Großstadt
- 1.5 Mobilität ist der Schlüssel für den Erfolg
- 1.6 Die Großstadt und ihr Umland – eine Einheit

2 Große Städte als Innovations- und Kulturzentren stärken

- 2.1 Zentren für Wissenschaft, Forschung und Innovation
- 2.2 Kommunaler Klimaschutz und Energieeinsparung
- 2.3 Kultur schafft Identität

3 Große Städte als lebenswerte Orte stärken

- 3.1 Bürgerschaftliches Engagement stärken
- 3.2 Vielfalt des Sports fördern
- 3.3 Attraktiv für Familien und junge Leute
- 3.4 Lebensqualität für Senioren
- 3.5 Bildungspolitik
- 3.6 Ein Miteinander der Kulturen
- 3.7 Sicherheitspartnerschaft

Städte im Wandel

Städte entwickeln seit jeher eine enorme Strahlkraft. Mit ihren vielfältigen Angeboten ziehen sie zahlreiche Menschen an, dort zu studieren, zu arbeiten, zu leben, einzukaufen, ihre Freizeit zu verbringen. Hier finden Familien mit Kindern, Jugendliche, Singles und Senioren Heimat und ein attraktives Lebensumfeld. Hierhin zieht es auch Berufspendler, Umlandbewohner sowie Besucher aus Deutschland und aller Welt.

Heute wohnt jeder Zweite in Städten – Tendenz steigend. Deshalb steht die Kommunalpolitik mehr denn je in der Verantwortung, eine zukunftsweisende Politik in enger Zusammenarbeit mit den Bürgern, Unternehmen und Verbänden voranzutreiben. Dazu gehört heute eine klima- und umweltschonende Stadtplanung genauso wie eine aktive Wirtschaftsförderung und gute Bildungspolitik.

Städte sind Schrittmacher der Globalisierung – je stärker ihre Anziehungskraft für international tätige Konzerne, desto größer die kulturelle und religiöse Vielfalt ihrer Einwohner. Ihre Fähigkeit, für alle Bürger und deren unterschiedlichen Bedürfnisse das Richtige zu bieten, macht sie zum Zentrum gesellschaftlichen Lebens und Motor von Veränderungen. Gleichzeitig stellt gerade diese Attraktivität Großstädte vor schwierige Herausforderungen – sehr unterschiedliche Dienstleistungen werden benötigt, Gegensätze sind auszugleichen.

Städte sind darauf angewiesen, dass ihre zahlreichen Einwohner am Wohnort auch Arbeit finden. Eine erfolgreiche kommunale Wirtschaftspolitik schafft Beschäftigung, bringt Steuereinnahmen und Kaufkraft und ist die Voraussetzung für ein starkes Gemeinwesen. In Städten mit hoher Arbeitslosigkeit hingegen werden Steuerausfälle in Verbindung mit steigenden Soziallasten schnell zum Problem. Solche Entwicklungen können kommunale Verantwortung ersticken. Darum müssen Bund, Länder und Kommunen nach Lösungen suchen, damit vor Ort auch künftig Investitionen und freiwillige Aufgaben finanziert werden können.

Die CDU Deutschlands setzt sich für starke Städte ein. Gute Stadtpolitik ist Zukunftspolitik, die den Menschen dient und unser Land stark macht. Aber Kommunalpolitik steht vor

neuen Herausforderungen. Wir wollen diese benennen, Lösungen aufzeigen und zur Diskussion darüber ermuntern.

1 Große Städte als wirtschaftliche Kraftzentren entfalten

1.1 Von der Globalisierung profitieren

Städte profitieren heute in besonderem Maße von der Globalisierung. Sie sind mit Hochschulen, als Sitz von Forschungszentren und als Standort internationaler Unternehmen Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land. Zugleich stehen sie aber auch vor besonderen Herausforderungen.

Deutschland hat einen im internationalen Vergleich starken Industriesektor, dessen Anteil am Bruttoinlandsprodukt zu den höchsten in Europa zählt und der auf zahlreiche industriennahe Dienstleistungen angewiesen ist. Damit sind große Chancen für unsere Städte verbunden, nicht zuletzt als Standorte von Universitäten und Hochschulen. Moderne Unternehmen brauchen die enge Verzahnung mit den Wissenschaften, um mit Innovationen wettbewerbsfähig zu bleiben und als Basis für die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften.

Globalisierung geht oft einher mit einer wachsenden kulturellen und religiösen Vielfalt der Bürgerschaft, die die Städte bunt macht, aber auch besondere Anstrengungen bei der Integration erfordert. Deutschland hat viele gute Beispiele, wo Zuwanderung gelingt und diese ein treibender Faktor für eine gute wirtschaftliche Entwicklung ist. Düsseldorf ist ein bedeutender Wirtschafts-, Verkehrs-, Wissenschafts- und Kulturknotenpunkt und Sitz einer Vielzahl international agierender Unternehmen. Mit Frankfurt/Main hat Deutschland eine erfolgreiche „global city“, die als führendes Zentrum in der Finanzwelt ein bedeutender Standort internationaler Dienstleister ist. Die Ansiedlung zahlreicher Konzerne wäre ohne einen hohen Anteil internationaler Fachkräfte nicht vorstellbar und ist zugleich die Basis für viele weitere Arbeitsplätze in angrenzenden Dienstleistungsbereichen.

Eine der höchsten Bevölkerungsdichten bei Menschen mit Zuwanderungshintergrund in Deutschland hat die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart. Stuttgart hat

diese Herausforderung mit einem „Bündnis für Migration“ beantwortet, an dem vor allem Schulen, Verbände, Unternehmen, Gewerkschaften, soziale Organisationen und Initiativen mitwirken. Sie sorgen gemeinsam dafür, dass die Integration gelingt, Wohnraum und Arbeit gefunden werden können.

Unsere Ziele:

Wir wollen, dass unsere Städte die Chancen der Globalisierung auch in Zukunft offensiv nutzen und ihre Rolle als Schrittmacher der wirtschaftlichen Entwicklung für unser Land wahrnehmen können.

Unsere Städte sehen sich einem wachsenden internationalen Standortwettbewerb gegenüber. Dabei haben sie gute Erfolgschancen, wenn es ihnen gelingt, ihre Stärken herzustellen: Eine gut ausgebaute Infrastruktur, leistungsfähige Bildungs- und Forschungsstätten, eine gute Beratung und Unterstützung durch die kommunale Verwaltung, eine gute Betreuungsinfrastruktur für junge Familien und ein attraktives Sport- und Kulturangebot.

Eine bürgernahe städtische Verwaltung und die Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten des E-Government erleichtern und verkürzen Behördengänge. Sie tragen darüber hinaus auch dazu bei, das Verhältnis und die Zusammenarbeit zwischen den Bürgern und ihrer Stadt zu verbessern. Diese Möglichkeiten gilt es verstärkt zu nutzen. Deshalb wollen wir, dass das „virtuelle“ Rathaus in Zukunft eine genauso große Rolle spielt, wie bisherige Behördengänge. Die zunehmende Akzeptanz der Behördennummer „115“ sowie die erfolgreiche Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie zeigen, dass die deutschen Kommunen auf einem guten Weg sind. Das wollen wir weiter ausbauen und dabei noch stärker bürger- und unternehmensorientiert arbeiten.

Städte müssen mit entsprechenden Angeboten dafür Sorge tragen, dass Neubürger und ihre Familien sich willkommen fühlen. Dazu gehört, dass sie möglichst rasch Deutsch lernen können. Kinder benötigen diese Angebote so früh wie möglich: In der Krippe, in den Kitas und in der Grundschule. Außerdem müssen Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie angemessener Wohnraum zur Verfügung stehen. Die positiven Beispiele von Städten, in denen vernetztes Handeln aller Beteiligten erfolgreich praktiziert wird, zeigen, dass die

Folgen der Globalisierung – auf kommunaler Ebene richtig gestaltet – für alle ein Gewinn sein können, für Zugezogene wie Einheimische.

Ein typisches heimisches kulturelles Bild macht Städte unverwechselbar und ist für die Einwohnerschaft unverzichtbar. Regionale Besonderheiten bieten den neu hinzukommenden Bürgern ein wichtiges kulturelles Plus und sollten deshalb stadtplanerisch gestärkt werden.

1.2 Nachhaltigkeit praktizieren

Stadtpolitik des 21. Jahrhunderts muss Daseinsvorsorge stärker als bisher im Zusammenhang mit ökologischen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Handlungsfeldern verknüpfen und unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit betrachten. Der Anspruch, die Schöpfung für die Zukunft zu bewahren, ist ein zutiefst christdemokratischer Gedanke. Stadtplanung muss mit Blick auf die kommenden Generationen ausgerichtet werden. Die kommunalen Ressorts und Entscheidungsträger müssen gemeinsam mit Verantwortlichen, ehrenamtlich Engagierten und Betroffenen – Verbänden, Organisationen, engagierten Bürgern und Arbeitgebern – ein Gesamtkonzept für die künftige Entwicklung ihrer Stadt erarbeiten. Zu klären ist dabei zugleich: Wo ist die Stadt bereits zukunftsfähig aufgestellt, wo besteht Handlungsbedarf, was ist mittel- oder langfristig anzugehen? Dabei gehören alle Lebensbereiche der Stadt auf den Prüfstand: Wohnen, Arbeiten, Bevölkerungsentwicklung, Bildung, Flächenverbrauch, Forschung, Klima, Energie, Mobilität, Einkauf und Dienstleistungen.

Unsere Ziele:

Die Städte spielen aufgrund ihrer hohen Bevölkerungsdichte und ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten eine besondere Rolle beim Umweltschutz. Deshalb setzen wir uns dafür ein, den fortschreitenden Flächenverbrauch in den Städten für Wohnen, Gewerbe und Straßenbau wirksam zu begrenzen. Höhere städtebauliche Verdichtung kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Der Flächenverbrauch unserer Städte liegt derzeit bei etwa 94 Hektar pro Tag – bis 2020 wollen wir ihn auf 30 Hektar senken. Stadtplanungskonzepte müssen

dies berücksichtigen und sollten in Zukunft auf Nachhaltigkeit, Lebensqualität, saubere Luft und grünes Umfeld ohne zusätzlichen Flächenverbrauch ausgerichtet werden.

Konzepte für städtisches Bauen sollten zudem auch die lokale bürgernahe Versorgung mit frischen Produkten einschließen. Im Rahmen von Modellprojekten wollen wir diese fördern und die Erfahrung in die Stadtplanungskonzepte der Zukunft einfließen lassen. Das Fraunhofer-Institut „Umsicht“ wirbt für das Konzept des „inFarming“, das Landwirtschaft in urbane Räume integriert, und z. B. auf Dächern interessante Möglichkeiten landwirtschaftlicher Nutzung bietet. Danach wären in Deutschland rund 36 000 Hektar bereits bestehender Flachdächer von Nicht-Wohngebäuden für den Anbau von Pflanzen in Gewächshäusern nutzbar. Dies wäre ökonomisch relevant und trüge nicht nur zur Versorgung der Bevölkerung, sondern auch zur besseren CO₂-Bindung bei.

Wo Arbeiten, Wohnen und Freizeit unter nachhaltigen Gesichtspunkten gestaltet werden, dort gewinnen Städte auch an Anziehungskraft für Unternehmen und junge Menschen. Wenn andererseits Städte durch Geburtenrückgang und Abwanderung Einwohner verlieren, z. B. in Ostdeutschland, dann können dort ehemals verdichtete Baugebiete durch einen gezielten Umbau neue Attraktivität gewinnen.

1.3 Leistungsfähige Sozialpolitik braucht stabile Finanzen

In vielen Städten hat das Thema Sozialpolitik in den letzten Jahren eine besondere Brisanz entwickelt. Dort, wo Städte und Regionen einem wirtschaftlichen Strukturwandel unterliegen, Arbeitsplätze verlagert wurden oder wo es zu einem verstärkten Zuzug in die Arbeitslosigkeit kam, sind viele Kommunen durch steigende Sozialausgaben oft über den Rand ihrer Möglichkeiten gefordert. Die Reaktionsmöglichkeiten sind begrenzt: Kürzung der freiwilligen Leistungen, Verzicht auf Investitionen und im schlimmsten Fall eine Ausdehnung der Verschuldung. Diesen Teufelskreislauf kann nur ein gemeinsamer Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen durchbrechen. Deshalb hat die CDU in der Föderalismusreform I durchgesetzt, dass den Kommunen in Bundesgesetzen sowohl bei der Landesverwaltung der Bundesgesetze als auch bei der Bundesauftragsverwaltung (Art. 84 Abs. 1 GG) keine Aufgaben mehr ohne entsprechende Finanzierung übertragen werden können. Damit gilt der Grundsatz: „wer bestellt, bezahlt“. Auch in den Ländern greifen nunmehr

Konnexitätsregelungen, somit ist auch hier eine Aufgabenübertragung ohne entsprechende Finanzierung ausgeschlossen.

Aber das Finanzierungsdefizit der kommunalen Haushalte im Jahr 2010 in Höhe von 7,7 Mrd. Euro zeugt von einer anhaltenden strukturellen Schieflage der Gemeindefinanzen. Viele Kommunen leiden schon seit Jahren unter dem deutlichen Anstieg ihrer Sozialausgaben.

Unsere Ziele:

Wir wollen, dass die Kommunen wieder in die Lage versetzt werden, ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge uneingeschränkt nachzukommen. Die momentan gute wirtschaftliche Entwicklung mit außerordentlich hohen Wachstumsraten führt auch zu einem deutlichen Anstieg der kommunalen Einnahmen. Das ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen, der durch weitere Anstrengung ergänzt werden muss.

Die CDU will eine starke kommunale Familie als Grundlage für unser Gemeinwesen. Deshalb hat sie dafür gesorgt, dass die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) schrittweise durch den Bund übernommen wird – ab 2015 zu 100 Prozent. Deren Kosten haben sich seit ihrer Einführung durch Rot-Grün im Jahr 2003 verdreifacht und betragen derzeit bei dynamischer Steigerung jährlich 3,9 Mrd. Euro. Das Verfahren zur Berechnung der Kosten der Unterkunft von Langzeitarbeitslosen wird künftig nicht mehr nach der Zahl der Bedarfsgemeinschaften, sondern nach den tatsächlich entstandenen Kosten vom Bund erstattet. Diese Maßnahmen sind bereits eine wesentliche Entlastung für strukturell arme Kommunen. Die dauerhafte Sicherung der Kommunalfinanzen kann allerdings nur bei gleichzeitiger Berücksichtigung der finanziellen Situation von Bund und Ländern gelingen. Angesichts der Schuldenbremse ist dies ein ehrgeiziges aber notwendiges Vorhaben, dem wir hohe Priorität beimessen.

Die CDU sieht in der kommunalen Selbstverwaltung eine großartige Errungenschaft, die wir stärken wollen. Wir stehen zu unseren im Regierungsprogramm 2009 – 2013 formulierten Absichten, die Kommunalfinanzen krisenfest und zukunftsfähig gestalten zu wollen. Deshalb hat die CDU-geführte Bundesregierung im letzten Jahr die Gemeindefinanzkom-

mission eingesetzt, in der Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände Vorschläge zur Zukunftssicherung der Kommunalfinanzen erarbeiten. Der Abschlussbericht wird auch Vorschläge zur Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten der Kommunen an der Gesetzgebung des Bundes und der EU-Gesetzgebung sowie zur Änderung von bundesrechtlich gesetzten Standards und zur Entlastung bei den Sozialausgaben enthalten. Die CDU unterstützt das Bestreben der Städte, möglichst viele Entscheidungen auf kommunaler Ebene zu treffen und damit den Subsidiaritätsgedanken konsequent umzusetzen.

1.4 Wirtschaftsstandort Großstadt

Großstädte spielen weltweit eine wirtschaftliche Schlüsselrolle. In den 600 größten städtischen Zentren entstehen heute 60 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP). Auch in Europa entstehen etwa 60 Prozent des BIP in den Großstädten. In Deutschland ist, wie auch in den meisten anderen Ländern, die Wirtschaftskraft pro Kopf in den Städten höher als auf dem Land. Bei uns beträgt der Unterschied etwa 40 Prozent. Laut einer DIW-Studie gewinnen die großen Städte in Deutschland sowohl als Wohnorte als auch als Unternehmensstandorte mehr und mehr an Attraktivität. Ihre Einwohnerzahlen sind zwischen 1999 und 2008 um fast drei Prozent gestiegen, während die Bevölkerung Deutschlands insgesamt leicht schrumpfte. Ähnlich ist die räumliche Verschiebung bei der Wirtschaftskraft: In den zehn Jahren bis 2008 nahm die Beschäftigung in den großen Städten um fast vier Prozent zu, in Deutschland insgesamt stagnierte sie.

Eine besondere Rolle spielen die wissensintensiven Dienste, die vorwiegend von Unternehmen in Anspruch genommen werden – Finanzierung, Versicherung, Beratung. Großstädte mit ihren vielfältigen Kontakt- und Austauschmöglichkeiten, ihrem Angebot an qualifizierten Arbeitskräften und ihren überregionalen Verkehrsverbindungen bieten besonders gute Bedingungen für Anbieter solcher Leistungen. Der Anteil dieser Dienste an der Gesamtbeschäftigung lag im Jahr 2009 in den Städten mit 19 Prozent fast doppelt so hoch wie im übrigen Bundesgebiet.

Unsere Ziele:

Wir wollen auch in Zukunft gute Perspektiven für die Menschen in Deutschland und dafür eine stabile ökonomische Grundlage. Dafür sind leistungsfähige Städte als Lebens- und Arbeitsort eine elementare Grundlage.

Wir wollen, dass nicht zuletzt unsere Städte auch in Zukunft von der Globalisierung und der wachsenden Bedeutung der Wissensgesellschaft profitieren. Dafür brauchen sie eine leistungsfähige Infrastruktur inklusive guter überregionaler Verkehrsanbindung, qualifizierte Arbeitskräfte, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie nicht zuletzt einen guten öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor. Ein weiterer wichtiger Aspekt sind wettbewerbsfähige Kommunalabgaben.

Wir wollen, dass unsere großen Städte auf einer soliden finanziellen Grundlage stehen. Deshalb muss das Band zwischen Wirtschaft und Kommune gestärkt werden. Wirtschaftliche Aktivität braucht entsprechende Rahmenbedingungen durch die Kommunen. Und diese sind auf die Steuer- und Anziehungskraft wirtschaftlicher Aktivitäten angewiesen.

Aber auch die wirtschaftliche Betätigung privater Unternehmen braucht angemessene Rahmenbedingungen und darf nicht durch kommunale wirtschaftliche Betätigung außerhalb klassischer Daseinsvorsorge beeinträchtigt werden.

1.5 Mobilität ist der Schlüssel für den Erfolg

Mobilität ist ein Schlüssel für erfolgreiche Städte. Eine leistungsfähige Infrastruktur und Mobilität sind Grundlage für persönliche Freiheit und Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum unserer Volkswirtschaft in der Mitte Europas. Ohne eine leistungsfähige Verkehrsanbindung sind Städte von der wirtschaftlichen Entwicklung abgeschnitten. Die Sicherung der Erreichbarkeit muss deshalb eine Hauptaufgabe aller Verantwortlichen sein.

Unsere Städte leben vom Verkehr. Erfolgreiche Städte und ihre Regionen zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Verkehrswege – Straßen, Schienen, Schifffahrt, Luftverkehr, ÖPNV – höchsten Anforderungen genügen und unter Berücksichtigung nationaler und europäischer Verkehrswege ausgebaut sind. Eine Verkehrspolitik, die sich einseitig gegen das Au-

to wendet, muss scheitern. Es kommt vielmehr darauf an, dass man ein Miteinander der verschiedenen Verkehrssysteme Bahn, Bus, Zweirad und KFZ in den Städten unterstützt.

Unsere Ziele:

Ziel unserer Politik ist es, die hohe Qualität und Leistungsfähigkeit unseres Verkehrssystems entsprechend künftiger Anforderungen auszubauen und dabei den besonderen Anforderungen der Stadt Rechnung zu tragen. Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes können nur gesichert werden, wenn die Infrastruktur mit dem Verkehrswachstum Schritt hält und seine herausragende Position im internationalen Vergleich behält. Die Städte als Schrittmacher der Globalisierung spielen dabei eine herausgehobene Rolle. Wir wollen eine systematische und nachhaltige Zukunftsplanung für eine bessere Verkehrsinfrastruktur und Mobilität vor allem durch eine bessere Vernetzung der Verkehrsträger. Die nationale Verkehrsplanung muss die europäischen Verkehrsströme im Zusammenhang mit den Bedürfnissen der deutschen Großstadtregionen und Verkehrsknotenpunkte berücksichtigen.

Der öffentliche Personennahverkehr ist ein fester Bestandteil der Daseinsvorsorge. Großstädte brauchen ein leistungsstarkes, zuverlässiges, gut vernetztes und nicht zuletzt bezahlbares System öffentlicher, möglichst barrierefreier Verkehrsmittel, das die Bürger, Berufspendler, Schüler und auch die Touristen für ihre verschiedenen Zwecke nutzen können. Je attraktiver und zuverlässiger hier das Angebot ist, desto öfter steigen die Bürger von Privatfahrzeugen auf den ÖPNV um. Die Verbesserung des ÖPNV ist eine Daueraufgabe.

Dem Individualverkehr sind in den Großstädten Grenzen gesetzt. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Kapazität als auch für die Ökologie. Der Individualverkehr darf bei der Auslegung des Straßennetzes sowie beim Ausbau des Parkplatzangebotes dennoch nicht vernachlässigt werden. Auch die wachsende Attraktivität des Fahrradverkehrs ist zu berücksichtigen: Sichere Radwege, Abstellmöglichkeiten an Umsteigeplätzen wie Bahnhöfen und die Bereitstellung von Mieträdern sind nur einige Ansatzpunkte. Auch der beschränkte Parkraum in Innenstädten verlangt intelligente Lösungen, so setzen wir uns beispielsweise für eine bundesweit einheitliche Rechtsgrundlage für Carsharing-Stellplätze ein. Neben der Stärkung integrierter Verkehre und der besseren Vernetzung der Verkehrsträger in Kommu-

nen, kann Carsharing ein zusätzlicher wichtiger Baustein zur Sicherung der zukünftigen Mobilitätsanforderungen sein.

Der Ausbau und die Modernisierung unserer Verkehrswege sowie die Förderung zukunfts-trächtiger Technologien sind auch eine wichtige Voraussetzung für einen umweltfreundli-chen Verkehr. Die Akzeptanz der Bürger für den Verkehr hängt auch vom erfolgreichen Bemühen ab, den Verkehr so sicher und umweltgerecht wie möglich zu gestalten. Darüber hinaus leisten umweltfreundliche emissionsarme Antriebssysteme einen Beitrag, um die Umweltbelastungen in den Städten zu verringern. Deshalb halten wir an dem Ziel fest, bis zum Jahr 2020 in Deutschland eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bringen.

1.6 Die Großstadt und ihr Umland – eine Einheit

Städte brauchen Vielfalt, um unterschiedlichen „Geschmäckern“ das passende Angebot bieten zu können: Unternehmen, Familien, Senioren, Studenten, Künstler... – alle haben ihre ganz spezifischen Bedürfnisse, die sie durch die Stadt erfüllt sehen wollen. Dennoch zieht es viele Menschen und insbesondere Familien mit Kindern in das oft ländlicher ge-prägte Umland. Dieses ist wichtig für die Städte, nicht zuletzt für die Bereitstellung von Ressourcen: Nahrung (insbesondere Frischware), Energie (erneuerbare, vor allem Wind, Bioenergie und Photovoltaik), Wasser, Erholung, als Standort von Industriebetrieben und Zulieferer.

Deshalb sollten die Stadt und ihr Umland von den Verantwortlichen als Einheit betrachtet und gemeinsam zu einer attraktiven Region entwickelt werden. Denn wo eine gemeinsame nachhaltige Entwicklung bei Regionalplanungsprozessen betrieben wird, da sind Groß-stadtregionen in besonderem Maße Anziehungspunkte für Firmenansiedlungen und -neugründungen sowie für den Zuzug junger Menschen. Dazu gehören eine abgestimmte Regionalplanung, die Vereinbarung der Bildungsangebote und insbesondere ein gemein-sames Verkehrskonzept.

Auch touristisch lohnt sich das Zusammenspiel: die Stadt ist der auch aus dem Ausland leicht zu erreichende Magnet und das Umland bietet mit Kultur, Geschichte, Landschaft und Gesundheit zahlreiche ergänzende Anziehungspunkte. Beispiele dafür gibt es in

Deutschland viele: Berlin/Brandenburg, Frankfurt am Main/Rheingau, Stuttgart/Schwarzwald, Dresden/Elbsandsteingebirge, um nur einige zu nennen.

Unsere Ziele:

Es bedarf einer engen Abstimmung zwischen der Stadt und ihrem Umland, z. B. bei der gemeinsamen Entwicklung von Gewerbegebieten oder Verkehrsprojekten. Dies können die Entscheidungsträger von Stadt und Region leisten, indem sie alle notwendigen Rahmenbedingungen vorausschauend gemeinsam planen. Die Großstadt und ihre Region profitieren, wenn sie ein faires Miteinander pflegen und dabei ihre individuellen Stärken am Wohle der ganzen Region gemeinsam weiterentwickeln.

Die Stadt braucht die Umlandbewohner sowie zahlreiche dort ansässige Firmen als eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung. Umgekehrt ist das Umland auf die oft großen Möglichkeiten der Stadt als Arbeitgeber, zum Einkauf oder der Nutzung von Freizeiteinrichtungen angewiesen. Dies ist zugunsten einer fairen Zusammenarbeit zwischen der Stadt und ihrer Region zu berücksichtigen: Die Entwicklung der notwendigen Infrastruktur zwischen Stadt und Umland muss möglich sein, ohne dass einer der Partner benachteiligt wird.

2 Große Städte als Innovations- und Kulturzentren stärken

2.1 Städte als Zentren für Wissenschaft, Forschung und Innovation

Städte sind wichtige Standorte der Wissenschaft; sie sind Anziehungspunkte für Hochschulen, Universitäten und weitere Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Im Zeitalter der Wissensgesellschaft ist dies ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, der zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Oft sind Wissenschaftsstandorte auch für ausländische Studierende attraktiv. Deutschland ist nach den USA und Großbritannien das beliebteste Land für ausländische Studienanfänger. Zudem kommt mittlerweile jeder zehnte Wissenschaftler an einer deutschen Hochschule aus dem Ausland. Wir wollen, dass sich deren Anteil innerhalb der nächsten zehn

Jahre verdoppelt. Es liegt in unserem Interesse, dass ausländische Nachwuchswissenschaftler und Hochschulabsolventen mit ihrem Wissen bei uns Fuß fassen und die Innovationskraft stärken. Dazu können Stadt und Region mit einer offenen Willkommenskultur beitragen.

Ein gutes Beispiel ist die Region Stuttgart. Sie ist seit langem die Innovationsregion Nr. 1 in Europa. Dies verdankt sie einer starken Industrie, einer funktionierenden Arbeitsteilung mit Zulieferern aus dem Umland und nicht zuletzt den qualifizierten Arbeitskräften, die aus den umliegenden Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen hervorgehen.

Dies zeigt: Große Städte und ihr Umland haben alle Voraussetzungen dafür, erfolgreiche Innovationsregionen zu sein. Diese Chancen sollten sie nutzen und sich gezielt neuen Zukunfts- und Innovationsbranchen widmen. Sei es als Standort für Gesundheitsforschung und medizinische Leistungen auf höchstem Stand, oder als Zentrum der Logistik-Wirtschaft oder der Mikroelektronik.

Unsere Ziele:

Wir wollen, dass unsere Städte im internationalen Standortwettbewerb um Neuansiedlungen von Unternehmen und um Fachkräfte weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Dazu müssen unsere Städte auch international stärker als bisher auf ihre besonderen Vorzüge verweisen. Wir unterstützen die Bundesregierung in ihrem Bemühen, die Standortwerbung noch stärker international auszurichten. Auch die Einrichtungen der Wirtschaft – wie beispielsweise die Außenhandelskammern – sollen hier eine Rolle spielen.

Deutschland steht auch im internationalen Innovationswettbewerb. Unsere großen Städte haben dabei mit ihren Hochschulen und Forschungszentren eine besondere Verantwortung. Nur über sie können wir die besten Köpfe der Welt nach Deutschland holen. Gute Bedingungen für ausländische Studierende, Nachwuchswissenschaftler und Spitzenforscher sind entscheidend. Dafür sind nicht nur exzellente Hochschulen und Forschungseinrichtungen nötig, sondern auch eine Willkommenskultur und ein Umfeld, in dem sich Studierende und Wissenschaftler aus aller Welt wohlfühlen. Unser Ziel ist, dass die deutschen Städte zusammen mit ihren Hochschulen und Forschungseinrichtungen um qualifizierte Studierende und Wissenschaftler weltweit gemeinsam werben und ihnen den Start vor Ort

auch mit kommunalen Dienstleistungen, z. B. bei der Vermittlung von Wohnraum etc. erleichtern.

Deutsche Hochschulen, Wissenschaftseinrichtungen, aber darüber hinaus die gesamte Metropol- und Innovationsregion müssen internationale Partnerschaften mit anderen potenten Metropolregionen weltweit eingehen und über den Austausch in Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur Synergien erzeugen und Vorteile gewinnen.

Die Kommunen können davon profitieren, wenn sie verstärkt Gesprächsforum und Mittlerrolle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft übernehmen. So können sie Projekte und Firmenneugründungen beratend und vermittelnd begleiten sowie bei der Standortsuche im Stadtgebiet unterstützen. Dabei spielen das Internet und entsprechende kommunale Angebote eine immer größere Rolle: So betreibt z. B. Düsseldorf ein virtuelles Mittelstandsbüro auf seiner Homepage, in dem Existenzgründungen online begleitet werden und alle Angebote der Wirtschaftsförderung zu finden sind.

2.2 Kommunalen Klimaschutz und Energieeinsparung

Städte als Ballungszentren für Arbeit und Wohnen sind in hohem Maß auf eine zukunftsgerichtete Umwelt- und Klimapolitik angewiesen. Saubere Luft, Ruhepunkte trotz Mobilität, viel Grün, gutes Trinkwasser und Strom aus erneuerbaren Energien sind nur einige der Punkte, auf die Bürgerinnen und Bürger verstärkt Wert legen. Der Ausbau der Elektromobilität ist auch unter diesem Gesichtspunkt eine wertvolle Maßnahme. Deshalb ist kommunaler Umweltschutz Zukunftspolitik, die wir stärken wollen. Die CO₂-neutrale, energieeffiziente und klimaangepasste Stadt ist eines der langfristig angelegten Zukunftsprojekte der Hightech-Strategie der Bundesregierung. Wir fordern die Städte auf, daran tatkräftig mitzuwirken.

Die Energiekosten der deutschen Kommunen sind angesichts steigender Strompreise ein zunehmender Kostenfaktor geworden. Einsparungen in diesem Bereich leisten daher nicht nur einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz, sondern entlasten zudem die kommunalen Finanzen. Rund 60 Prozent aller kommunalen Energieausgaben entfallen auf Schulen, Kitas, Sportstätten – und damit auf Gebäude, die oft alte Bausubstanz darstellen und mit

Gewinn energetisch saniert werden können. Die CDU-geführte Bundesregierung unterstützt mit günstigen Kommunaldarlehen entsprechende Sanierungsmaßnahmen und hat diesem Thema bereits im Energieprogramm einen besonderen Schwerpunkt gewidmet.

Der Bund hat in den vergangenen Jahren die Kommunen gerade bei der energetischen Gebäudesanierung wirksam unterstützt. So hat der Bund für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm rund 7,1 Mrd. Euro ausgegeben, die vor Ort Investitionen in Höhe von rund 78 Mrd. Euro angestoßen haben – dies entspricht einer Reduzierung des jährlichen CO₂-Ausstoßes um 4,7 Mio. Tonnen. Während der internationalen Währungs- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2009 und 2010 hat das Zukunftsinvestitionsgesetz (Konjunkturprogramm II) des Bundes zahlreiche kommunale Investitionen bei der energetischen Gebäudesanierung ermöglicht. Damit dieser Trend sich in den kommenden Jahren fortsetzt, sollen die Kommunen auch künftig angemessen gefördert werden.

Ein wichtiger Bereich in Sachen Klima- und Umweltschutz liegt bei der Energiegewinnung: Rund 1400 Stadtwerke in Deutschland versorgen derzeit ihre Kommunen mit dem benötigten Strom – dezentral und zunehmend unter Nutzung erneuerbarer Energien.

Unsere Ziele:

Die CDU tritt für eine dezentrale und regionale Energieversorgung ein. Dabei kommt den Stadtwerken, die mit ihren umfangreichen Investitionen eine wichtige Rolle bei der Modernisierung des Kraftwerksparks spielen, eine große Bedeutung zu.

Wir wollen die energetische Stadterneuerung vorantreiben, damit nachhaltige Städte zugunsten der kommenden Generationen auch auf dem Gebiet von Klima und Energie ermöglicht werden.

Große Potenziale in den Bereichen Klima-, Umweltschutz und Energieeinsparung bietet der Gebäudebereich, der zurzeit etwa 40 Prozent der Energie in Deutschland verbraucht und für mehr als ein Drittel der CO₂-Emissionen steht. In privaten Haushalten werden rund 85 Prozent des gesamten Energiebedarfs für Heizungen, Warmwasser und Beleuchtungen eingesetzt. Energieeffiziente Geräte, aber vor allem aber eine verbesserte Dämmung könnten hier erhebliche Einsparungen bewirken.

In diesem Jahr liegt die Förderung für die energetische Gebäudesanierung bei etwas mehr als 460 Millionen Euro. Jeder eingesetzte Euro löst dabei Investitionen von etwa 12 Euro aus. Das sichert und schafft jährlich bis zu 340 000 Arbeitsplätze, vor allem in der Bauwirtschaft.

Das sogenannte CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist von zentraler Bedeutung für eine höhere Energieeffizienz. Mit bislang 7,1 Milliarden Euro wurde die energieeffiziente Sanierung oder Errichtung von fast 2,5 Millionen Wohnungen gefördert.

Bis zum Jahr 2020 soll der Wärmebedarf in Gebäuden um 20 Prozent und der Stromverbrauch um mindestens 10 Prozent vermindert werden.

Unser Ziel ist es, die Sanierungsrate für Gebäude von 1 Prozent auf 2 Prozent pro Jahr zu erhöhen. Bis zum Jahr 2050 soll ein nahezu klimaneutraler Gebäudebestand in Deutschland erreicht werden. Dazu sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden, beispielsweise durch zinsgünstige Darlehen, damit Eigentümer in die Gebäudesubstanz investieren. Dies stärkt die deutsche Wirtschaft und insbesondere das mittelständische Handwerk.

Besonders energieeffiziente Haushaltsgeräte sowie moderne, intelligente Netze, die den Einsatz dann ermöglichen, wenn überschüssiger und damit besonders kostengünstiger Strom zur Verfügung steht, können durch Energieeinsparung letztlich auch die Stromkosten für die Verbraucher reduzieren.

Wir wollen, dass die Kommunen auch beim Umstieg auf die erneuerbaren Energien eine zentrale Rolle spielen. Dazu gehört die zunehmende Versorgung der Menschen mit erneuerbaren Energien durch die Stadtwerke, aber auch die Nutzung hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen.

2.3 Kultur schafft Identität

Kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen sind Lebensimpulse und Markenzeichen von Städten. Kultur, Künstler sowie die gesamte Kreativwirtschaft machen Städte nicht nur spannend und anziehend – Kunst und Kultur können auch wirtschaftlich und touristisch

einen immensen Stellenwert entwickeln. Die Kreativwirtschaft ist für viele Städte wie Berlin, Stuttgart, Frankfurt am Main und Düsseldorf mittlerweile ein wichtiger Faktor ihrer Wirtschaftskraft – rund 14 Prozent sind es derzeit in Frankfurt am Main, erarbeitet durch über 7000 Agenturen. Die Kreativwirtschaft ist in den letzten Jahren auch ein immer wichtigerer Aspekt der regionalen Wirtschaftsförderung geworden.

Unsere Ziele:

Kulturförderung trägt dazu bei, eine Stadt lebenswerter zu machen und Identität zu schaffen. Wir wollen, dass Kultur deshalb ein kommunales Schwerpunktthema bleibt. Das Zusammenwirken zwischen kommerziellen, freiwillig-gemeinnützigen und städtischen Angeboten ist zu stärken. Viele private und öffentliche Stiftungen zeugen von einem wachsenden Engagement der Bürgerschaft für ihre Städte. Wir wollen die Voraussetzungen für ein solches Engagement weiter verbessern.

Kulturpolitik ist in der Großstadt auch als Teil der Integrationspolitik zu begreifen. Unsere Großstädte sind Anziehungspunkte für Künstler aus aller Welt. Sie haben ihre Prägung nicht zuletzt durch Zuwanderung und Integration erfahren. Die Erfolge von Städten als Kreativstandorte sind gerade durch ihre kulturelle Vielfalt und die Fülle an Einflüssen anderer Kulturen und Künste zu erklären. Dies gilt es zu fördern.

3 Große Städte als lebenswerte Orte stärken

3.1 Bürgerschaftliches Engagement stärken

Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an ihrer eigenen Stadt ist groß. Der Wunsch zur Mitgestaltung ist ein positiver Ausdruck von Heimatgefühl. Freiwilliges Engagement findet in erster Linie vor Ort statt. Das direkte Lebensumfeld wird für immer mehr Menschen jeden Alters zum Ansporn, sich einzubringen, sei es in der Nachbarschaftshilfe, sei es in den Bereichen Sport oder Kultur. Über das traditionelle Ehrenamt hinaus wird von vielen Menschen zunehmend situationsbezogenes sporadisches Engagement betrieben. Untersuchungen zeigen, dass langfristiges Engagement abnimmt, während kurzfristige und projektbezogene Aktivitäten zunehmen.

Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement sind unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ohne das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in karitativen und kirchlichen Einrichtungen, bei der Feuerwehr, der Jugendarbeit, den Rettungsdiensten, in Sportvereinen, Nichtregierungsorganisationen, Zukunftswerkstätten oder Selbsthilfegruppen kämen viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zum Stillstand. Das wollen wir vermeiden.

Unsere Ziele:

Die CDU will ein partnerschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Bürgern und Staat. Wir setzen uns daher ausdrücklich dafür ein, die Bürgerinnen und Bürger stärker als bisher in die Gestaltung politischer Vorhaben durch die Schaffung von neuen und erweiterten Formen der Bürgerbeteiligung vor Ort einzubeziehen. Das betrifft die frühzeitige Offenlegung von Planungsunterlagen und die Errichtung von innovativen Plattformen genauso, wie die Erweiterung der Öffentlichkeitsarbeit durch Diskussionsforen oder die Darstellung kommunaler Projekte im Internet. Zugleich wollen wir eine Beschleunigung der entsprechenden Verfahren.

Für die Union ist die Förderung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements ein besonderes Anliegen. Dabei wollen wir alle Ausdrucks- und Organisationsformen – feste Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden, wie auch das vielfältige kurzzeitige projektbezogene Engagement – gleichermaßen stärken. Auch auf kommunaler Ebene sollten freiwillige Aktivitäten zugunsten der Gemeinschaft gezielt unterstützt werden, sei es durch Beratung, durch Möglichkeiten der unentgeltlichen oder zumindest vergünstigten Nutzung städtischer Einrichtungen oder durch finanzielle Förderung. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die Kommunen die finanzielle Kraft für die Übernahme dieser freiwilligen Leistungen haben. Auch dafür setzen wir uns ein.

Die Union unterstützt auch alle Maßnahmen, die dazu beitragen, dass Unternehmen im Rahmen von „Corporate Citizenship“, z. B. vor Ort an ihren Stamm- und Produktionsstandorten, zum Gemeinwohl beitragen, sei es durch Spenden und Sponsoring oder durch Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements ihrer Mitarbeiter.

Wir sind der festen Auffassung, dass nur eine positive Kultur des Dialogs zwischen den politischen Entscheidungsträgern und den Bürgern vor Ort langfristig den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichert und bürgerschaftliches Engagement und Gemeinsinn fördert.

Ein positives Beispiel bietet die CDU Berlin, die die Bürgerinnen und Bürger der Stadt online zur Mitarbeit an ihrem Wahlprogramm aufgerufen hat. Politik muss auf die Menschen im Sinne einer Partnerschaft zugehen und mit ihnen im gemeinsamen Interesse einer positiven Zukunftsentwicklung ihrer Kommune an einem Strang ziehen.

3.2 Vielfalt des Sports fördern

Für die deutschen Großstädte ist auch der Sport in seiner großen Vielfalt ein wichtiger Standortfaktor, den es zu fördern gilt. Nationale und internationale sportliche Großereignisse sind für die Städte Gelegenheiten, Imagepflege zu betreiben, ein positives städtisches Lebensgefühl zu verbreiten, und haben zudem einen hohen touristischen und wirtschaftlichen Stellenwert. Beliebte und erfolgreiche Sportvereine und Mannschaften stärken das Ansehen ihrer Heimatstadt und integrieren in ihrer Fangemeinde Menschen verschiedener Altersstufen, Herkunft und Berufe.

Nicht zuletzt haben aber auch die außerordentlich vielfältigen Angebote im Breitensport einen hohen Wert für unsere Städte. Dafür stehen die vielen tausend Vereine, die ganz unterschiedliche Aktivitäten abdecken. Sie machen spezifische Angebote für Kinder und Jugendliche, Frauen, Männer, Senioren, organisieren Wettkämpfe und beteiligen sich an Meisterschaften in diesen Sportarten. Sportvereine binden aber auch Menschen mit Behinderungen in ihre Vereinsarbeit ein und sind damit wichtige Akteure einer erfolgreichen Integrationsarbeit.

Für den sozialen, interkulturellen und generationenübergreifenden Zusammenhalt in den Städten ist der Sport unverzichtbar. Mit zahlreichen Angeboten und getragen vom ehrenamtlichen Engagement zahlreicher Mitglieder nutzt der Sport zudem seine Möglichkeiten, gesellschaftliche Entwicklungen aufzugreifen und positiv zu beeinflussen. Zahlreiche Angebote und Aktionen zugunsten gesellschaftlich wichtiger Themenfelder, wie z.B. Sportler-

ziehung, Gesundheit, Integration, Umweltschutz etc., zeugen von diesem unverzichtbaren Engagement.

Aber der Sport steht auch vor großen Herausforderungen: So führt die demografische Entwicklung dazu, dass weniger Kinder und Jugendliche für den Sportlernachwuchs zur Verfügung stehen. Demgegenüber treiben zunehmend mehr Senioren und Hochbetagte Sport. Der Anteil von Menschen mit Zuwanderungshintergrund steigt kontinuierlich an, wobei mehr Männer als Frauen Sport treiben. Zudem sind auch die Sportbedürfnisse der Menschen einem Wandel unterworfen. Klassische Sportarten und Vereinsmitgliedschaften sind nicht mehr selbstverständlich. Darauf können die Vereine mit geeigneten Angeboten reagieren.

Es gibt auch viele Menschen, die ihre sportliche Betätigung selbst organisieren. Jene, die ihre sportlichen Aktivitäten komplett in Eigenregie durchführen wollen, kann die Stadt z.B. mit einem gut ausgebauten Wegenetz für Radfahrer und Jogger sowie mit geeigneten Grün- und frei zugänglichen Sportstätten unterstützen.

Unsere Ziele:

Die Sportvereine mit ihren zumeist ehrenamtlich Tätigen leisten wichtige Sozial- und Integrationsarbeit und bilden einen unverzichtbaren Bestandteil für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir setzen uns für die weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen der Vereine und den dort Engagierten durch den weiteren Abbau von Bürokratie sowie Förderung und Anerkennung des Ehrenamts ein.

Die CDU begrüßt die Förderung gesundheitlicher Prävention durch den Sport als Aufgabe der gesetzlichen Krankenkassen und hält eine kontinuierliche Förderung für erforderlich, damit der Sport flächendeckend qualitativ hochwertige Angebote gewährleisten kann. So sollten z.B. Angebote der Sportvereine zur Gesundheitsbildung und Gesundheitsförderung durch die Krankenkassen verbindlich gefördert werden. Die Belange älterer Menschen sollten angesichts des demografischen Wandels besondere Beachtung finden. Auch der Ausbau von Netzwerken und Kooperationen zwischen dem gemeinnützigen Sport und professionellen Gesundheitsdienstleistern, wie beispielsweise Ärzten, Heilberuflern, Krankenkassen, ist mit dem Ziel „Gesund Sport zu treiben“ zu fördern.

Wir setzen uns für die Förderung des Seniorensports ein. Weiterhin soll Menschen mit Zuwanderungshintergrund ein besserer Zugang zu den verschiedenen Sportarten ermöglicht werden. Wir unterstützen die Fortführung und Weiterentwicklung des Programms „Integration durch Sport“.

Viele Menschen in Großstädten wollen Sport treiben und ihrem Fitness- und Gesundheitsbewusstsein nachkommen, ohne sich einem Verein anzuschließen. Damit sind attraktive Sporträume und Sportanlagen gefragt. Es bleibt eine zentrale Aufgabe, Sportstätten zu planen, bauen und zu unterhalten. Bei der Erstellung von örtlichen und regionalen Bauleitplänen sollen die Sportorganisationen und Anwohner rechtzeitig beteiligt werden, um potentielle Konflikte, etwa über Lärm oder Flutlicht an Sportplätzen zu vermeiden.

Sportorganisationen und Vereine sollten einen kompetenten kommunalen Ansprechpartner haben, der die Organisation sportlicher Aktivitäten und Veranstaltungen erleichtert.

3.3 Attraktiv für Familien und junge Leute

Auch die Städte in Deutschland erleben den demografischen Wandel – das Durchschnittsalter der Einwohnerschaft steigt stetig, in manchen Städten geht die Bevölkerung bereits zurück. Bislang ziehen junge Menschen bei der Familiengründung oft in die Wohngebiete am Stadtrand oder in die direkte Umgebung, ohne dabei die städtischen Vorteile aufzugeben. Wenn die Städte diese Entwicklung umkehren wollen, müssen sie sich auf ihre Stärken besinnen: Sie können auf engem Raum die vielfältigsten Bedürfnisse befriedigen; sie können Anbieter für Arbeit, Wohnen, Bildung und Freizeit sein.

Unsere Ziele:

Junge Familien brauchen Wohnraum in ausreichender Größe mit einem ruhigen, grünen und kindgerechten Umfeld. Sie brauchen Kinderbetreuung, Spielplätze, Schulen, Dienstleistungen in unmittelbarer Nähe, gut erreichbare Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten und Anbindungen an den öffentlichen Personennahverkehr. Auch Ordnung, Sicherheit und ein positives Image von Stadtbezirken sind entscheidende Kriterien dafür, ob Familien zuzie-

hen oder bleiben wollen. Diese Ansprüche kann die Stadt mit einer gezielten Planung und Umsetzung innerhalb ihrer zahlreichen Stadtteile erfüllen.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat dafür gesorgt, dass Kinderlärm durch Kitas und Spielplätze in reinen Wohngebieten künftig hinzunehmen ist. Dies ist ein klares gesetzgeberisches Signal für eine kinderfreundliche Gesellschaft.

Außerdem fördert die CDU-geführte Bundesregierung Kita-Plätze für unter Dreijährige. Bis 2013 sollen insgesamt 750 000 Plätze in der Kindertagespflege oder in Krippen zur Verfügung stehen. Der Bund beteiligt sich mit insgesamt 4 Mrd. Euro an den Ausbaurkosten in Höhe von 12 Mrd. Euro.

Junge Erwachsene und Singles reizen oftmals die Verknüpfung von interessanter Arbeit und breitem Sport- und Freizeitangebot in Großstädten. Stadtteile mit echtem Flair oder Stadtzentren mit Museen, Galerien, Theatern, Kinos, Szenelokalitäten usw. haben hier klare Vorteile gegenüber dem Umland und ländlichen Gegenden. Vorausschauende Kommunalpolitik sollte zum Ziel haben, den immer vielschichtiger werdenden Bedürfnissen ihrer Einwohnerschaft gerecht zu werden.

3.4 Lebensqualität für Senioren

Die Städte mit ihren vielfältigen Angeboten sind nicht nur Anziehungspunkte für junge Menschen, sondern hier verbringen auch viele Bürgerinnen und Bürger ihren Lebensabend. Tatsächlich ist der demografische Wandel für zahlreiche Städte in Deutschland eine große Herausforderung: Die Bevölkerung wird weniger und sie wird älter. Die Gestaltung familienfreundlicher Quartiere in der Innenstadt bedeutet auch, Voraussetzungen für generationenübergreifendes Wohnen zu schaffen.

Unsere Ziele:

Die Städte müssen zunehmend alten- und behindertengerecht gestaltet werden. Das fängt beim Wohnungsbau an – Miethäuser mit Aufzügen und barrierefreie Wohnungen in entsprechender Größe sind gefragt. Es betrifft aber auch die Stadtgestaltung: die Bürgerstei-

ge und Straßen müssen gut passierbar und alle notwendigen Anlaufstellen müssen gut erreichbar sein.

Außerdem müssen die Städte durch vernetzte Angebote mithelfen, dass alte Menschen nicht vereinsamen, sei es durch die Förderung entsprechenden bürgerschaftlichen Engagements z. B. der Kirchen, von Organisationen und Initiativen oder durch die Etablierung der erfolgreich durch den Bund eingeführten Mehrgenerationenhäuser, deren Arbeit durch das Bundesfamilienministerium weiterhin unterstützt wird – mit Schwerpunkten bei den Themen Integration und Bildung.

3.5 Bildungspolitik

Bildung ist nicht nur eine der wichtigsten Ressourcen für die Zukunft unseres Landes. Sie hat auch einen bestimmenden Einfluss auf die Zukunft unserer Städte. Mit einer guten frühkindlichen, schulischen, beruflichen und akademischen Aus- und Weiterbildung haben die Städte die Chance, im Wettbewerb um Ansiedlung und Erhalt potenzieller Arbeitgeber und Steuerzahler zu punkten. Darüber hinaus haben frühzeitige Bildung und gesellschaftliche Einbindung nicht nur einen positiven Einfluss auf das städtische „Wohlfühlklima“ – erfolgreiche Integrationsmaßnahmen und erfolgreiche Lebensläufe ursprünglich benachteiligter Kinder bedeuten auch eine direkte Entlastung bei den Sozialausgaben, wenn es gelingt, auf diesem Weg schulische und berufliche Perspektiven zu eröffnen.

Unsere Ziele:

Als Union wollen wir Vielfalt in unserem Bildungswesen und sagen deshalb „Ja“ zu einem differenzierten Schulwesen. Auch die Städte müssen dazu die Möglichkeit bekommen, gezielt auf die Bildungseinrichtungen vor Ort für die Erfüllung spezieller örtlicher Anforderungen einzuwirken und mehr Verantwortung für die örtliche Bildungslandschaft zu übernehmen. Der gezielte Ausbau einer bedarfsgerechten Bildungsinfrastruktur – von Kindergärten über Grund- und weiterführende Schulen bis hin zu Berufsschulen und Studienangeboten – erweist sich für vorausschauende Kommunen als Standortvorteil ersten Ranges. Alle beteiligten Einrichtungen – Kinderbetreuung, Schulen, Weiterbildungseinrichtungen,

Jugendhilfe, Familienberatung etc. –müssen eng zusammenarbeiten. Dafür wollen wir ein kommunales Bildungsmanagement, das alle Beteiligten zusammenführt.

Kindergärten sind Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen, die mit entsprechend qualifiziertem Personal auszustatten sind; insbesondere sind Erzieherinnen und Erzieher so zu schulen, dass sie zu einer ganzheitlichen Sprachförderung in der Lage sind.

Ganztagschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zugleich eröffnen sie insbesondere Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern mehr Zeit zum Lernen und zu gezielter Förderung.

Bei den Übergängen im Bildungs- und Ausbildungsweg der Schüler sowie beim Start ins Berufsleben sollten die Kommunen stärker als bisher vermittelnd aktiv werden. Dazu sollen sie Schulen, Bildungsträger, Kammern und Arbeitgeber zu runden Tisch einladen können. Alle Beteiligten sollten dabei ihr Denken und Handeln an „Bildungsketten“ vom Kindergarten bis zum Berufseinstieg ausrichten.

In Bremen leiden Unternehmen, Bürger und natürlich vor allem die primär betroffenen Kinder und Jugendlichen seit langem unter den schlechten Ergebnissen bei Pisa-Tests. Dies will die CDU ändern und insbesondere der Bildungspolitik einen höheren Stellenwert verleihen. An erster Stelle steht dabei die Beseitigung des fachfremd erteilten Unterrichts. Für die CDU ist klar: Der Unterricht muss durch Fachlehrkräfte gegeben werden, die für das Fach, das sie unterrichten, auch ausgebildet wurden. Zudem ist für uns klar, dass der Leistungsgedanke in Schulen und die Lernfreude bei Schülerinnen und Schülern keine Gegensätze sein müssen, sondern sich gegenseitig bedingen.

3.6 Ein Miteinander der Kulturen

Integration wird vor allem vor Ort geleistet. Hier finden die konkreten Begegnungen von Menschen unterschiedlicher Herkunft statt. Hier entscheidet sich das Gelingen oder Misslingen von Integration.

In einigen Großstädten wie Frankfurt a. Main, Stuttgart, Nürnberg oder Köln haben schon heute rund 40 Prozent der Bevölkerung eine Zuwanderungsgeschichte. In einzelnen Stadtteilen liegt ihr Bevölkerungsanteil noch deutlich höher. An manchen Schulen in Berliner Kiezen liegt der Anteil der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte bei über 80 Prozent.

Derartige Konzentrationen erschweren die Gemeinschaft, den Gemeinsinn und das gegenseitige Verständnis der Großstädter mit und ohne Zuwanderungshintergrund. Sie endeten bislang viel zu häufig in Parallelgesellschaften und Sprachlosigkeit. Dort, wo die Gruppe der Zuwanderer dominiert, ist ihre Eingliederung am schwierigsten. Deutsch ist dort nicht die aufnehmende und verbindende Sprache. Es fehlt oftmals das Umfeld, das Eingliederung und Integration fördert.

Unsere Ziele:

Die Lebensverhältnisse in den Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil müssen so verbessert werden, dass sich die dort noch lebenden Einheimischen nicht zum Wegzug veranlasst sehen. Investitionen in die Verbesserung der Infrastruktur, die Ansiedelung von Bildungseinrichtungen, Kunst und Kultur in Zusammenarbeit mit privaten Initiativen und der Zuzug von Existenzgründern, Studenten etc. können dazu beitragen und helfen, bereits geschlossene Strukturen aufzubrechen.

Ein weiteres wichtiges und bislang kaum genutztes Instrument liegt in der ausgewogenen Vergabe von Mietwohnungen durch die städtischen Wohnungsbauunternehmen. Diese sollen angehalten werden, für eine ausgewogene Verteilung des von ihnen verwalteten Wohnungsbestandes zu sorgen.

Gerade in den sogenannten „Problemstadtteilen“ brauchen wir eine Kultur der Begegnung, des Gesprächs und der Gemeinsamkeiten. Hierzu gehört es auch, den Öffentlichen Dienst für befähigte Bürger mit Zuwanderungsgeschichte weiter zu öffnen und insbesondere den Anteil von Polizistinnen und Polizisten sowie Lehrerinnen und Lehrern mit Zuwanderungsgeschichte weiter zu erhöhen.

Das ist aus mehreren Gründen sinnvoll: Zum einen hat dies eine wichtige Vorbildfunktion für andere Zuwanderer. Zum anderen führt es zu einer größeren Identifikation von Men-

schen mit Zuwanderungshintergrund mit ihrer Stadt. Schließlich sind ihre Kompetenzen sprachlicher und kultureller Art für die Verwaltung einer Stadt mit einem überproportionalen Zuwandereranteil besonders hilfreich.

3.7 Sicherheitspartnerschaft

Vandalismus, Schmierereien und Belästigungen, etwa durch provozierende Beleidigungen und aggressives Betteln, die örtliche Drogenszene, Treffpunkte alkoholisierter Obdachloser, die Verwahrlosung von Straßen und Plätzen sowie die Beschädigung öffentlicher Verkehrsmittel beschäftigen uns in den Großstädten oft mehr als spektakuläre Verbrechen. Wir dürfen uns daran nicht gewöhnen, denn sie sind die Keimzellen für Kriminalität!

Gerade in Großstädten erleben wir seit einigen Jahren eine besorgniserregende Entwicklung von Gewaltbereitschaft und -kriminalität bei Kindern und Jugendlichen, die straffällig werden, bevor sie erwachsen geworden sind. Kinder- und Jugendkriminalität nehmen immer brutalere Formen an. Die Täter werden immer jünger.

Unsere Ziele:

Wir dürfen nicht zulassen, dass junge Gewalttäter und Kriminelle – gleich welcher Herkunft – ganze Stadtteile in Angst und Schrecken versetzen, Einheimische, Zuwanderer und Touristen bedrohen und gefährden. In unseren Städten darf es keine rechtsfreien Räume geben. Um dies durchzusetzen, müssen alle Möglichkeiten vorbeugenden Handelns, aber auch der raschen und entschlossenen Ahndung genutzt werden. Dabei muss Vorbeugung möglichst früh ansetzen; Prävention gegen Kriminalität und Gewalt ist bereits die Wertevermittlung im Kindergarten und Hort. Die elterliche Mitarbeit ist dabei unverzichtbar. Auch bei Schulverweigerung und Straffälligkeit müssen Eltern ihre Verantwortung wahrnehmen. Wer sich bereits strafbar gemacht hat, muss zeitnah und angemessen zur Tat bestraft werden.

In einem vernachlässigten Wohnumfeld gedeiht Kriminalität leichter als in einem Wohnumfeld, in dem sich die Anwohner wohl fühlen. Deshalb sollten sich in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf „Kiezläufer“ bzw. „Quartierläufer“ ohne hoheitliche Befug-

nisse um den Erhalt von Ordnung und Sauberkeit im Straßenbild kümmern. Durch ihre ständige Präsenz können sie rasch zu respektierten und geschätzten Ansprechpartnern im Kiez für die kleineren und größeren Probleme werden. Idealerweise selbst in ihrem Einsatzgebiet zuhause kennen sie die Nöte der Anwohner und genießen weit mehr Vertrauen bei ihnen als jemand „vom Amt“.

Wir brauchen in der Großstadt eine „sichtbare“, gut ausgestattete sowie stadtteil- und bürgernahe Polizei, die sofort erreichbar und schnell am Ort des Geschehens ist. Öffentliche Räume in der Großstadt müssen verstärkt aus der Perspektive von Sicherheit und Ordnung beurteilt werden. Es gibt viele Beispiele vorbeugender Stadtgestaltung, wie bessere Beleuchtung, der verstärkte Einsatz von Videokameras an Brennpunkten und präventives Sozialmanagement, die helfen, der Verwahrlosung, sowie Diebstählen, Wohnungseinbrüchen und Gewalt vorzubeugen. Jeder Bürger muss sich überall im Alltag zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher und frei von Angst bewegen können.

Sicherheit in der Großstadt setzt Bürgerverantwortung voraus. Die Gesellschaft braucht das Engagement eines jeden, die Unkultur des Wegschauens muss beendet werden. Sie muss durch eine Kultur der Aufmerksamkeit und des Engagements des Einzelnen für die Gemeinschaft ersetzt werden.